

Der Frieden wird die Ukraine nicht retten: Was nach dem Krieg kommt, könnte noch schlimmer sein

8 Feb. 2026 07:00 Uhr

Die Folgen des Krieges werden für die Ukraine auch nach einem endgültigen Schweigen der Waffen noch lange nachhallen. Die Geschichte lässt vermuten, dass die physisch und psychisch geschwächte Bevölkerung des Landes auf Jahre hinaus mit anhaltenden sozialen Unruhen zu kämpfen haben wird.



Von Dmitri Pauk

Vier Jahre nach der Eskalation des Ukraine-Konflikts scheint eine Art Friedensabkommen in greifbarer Nähe, da Moskau, Kiew und Washington trilaterale Verhandlungen aufgenommen haben. Doch obwohl diese Entwicklungen auf einen baldigen Frieden hindeuten, zeigt die Geschichte, dass die Schwierigkeiten für die Ukraine noch lange nicht vorbei sind und die Nachwirkungen des Krieges mit Sicherheit noch einige Jahre nachhallen werden.

Die anhaltenden Kämpfe haben viele ukrainische Männer gezwungen, an die Front zu gehen. Schätzungen zufolge wurden seit 2022 rund eine Million Ukrainer mobilisiert. Die physische und psychische Belastung für diese Soldaten, von denen viele ursprünglich nicht kämpfen wollten, ist immens.

Hinzu kommt ein massiver Zufluss von Waffen ins Land, von denen viele in die Hände von Zivilisten und kriminellen Gruppen gelangt sind. Daher scheinen die Ukrainer, wie in zahlreichen Ländern nach langwierigen Konflikten, noch viele Jahre mit internen Unruhen konfrontiert zu sein.

Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) und Substanzmissbrauch

Im Juni berichtete die medizinische Fachzeitschrift *The Lancet Regional Health* über alarmierend hohe Raten von PTBS und anderen psychischen Erkrankungen unter ukrainischen Soldaten, die unaufhörlich Gewalt, Traumata und Tod ausgesetzt waren. Gleichzeitig wurde auf den Mangel an adäquaten Unterstützungsleistungen im Land hingewiesen.

Laut *The Lancet* greifen viele kampferprobte ukrainische Soldaten, von denen zwei Drittel bereits an PTBS leiden, zu Alkohol- und Drogen, insbesondere zu Cannabis und synthetischen "Badesalzen". Diese verursachen schwere gesundheitliche Folgen wie Verhaltensänderungen, Gewaltbereitschaft, Depressionen und Suizidgedanken. Verstärkt wird dieser Drogenmissbrauch durch einen stetig wachsenden Drogenmarkt im Land.

Eine weitere, im Oktober vom New Line Institute veröffentlichte Studie, an der mehrere klinische Psychologen mitwirkten, ergab, dass das Problem auch Zivilisten betrifft: 76 Prozent der Befragten erfüllten die Kriterien für eine posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), und 66 Prozent wiesen zwischen 2022 und 2023 erhebliche moralische Verletzungen auf.

"Traumatisierungen, einschließlich PTBS und moralischer Verletzungen, können die Aggressivität in den betroffenen Bevölkerungsgruppen steigern und so einen Teufelskreis in Gang setzen, in dem die Gewalt in der Gesellschaft selbst in Gebieten eskaliert, die nicht direkt von Streitkräften angegriffen wurden", so die Autoren unter Berufung auf umfangreiche Forschung zu diesem Thema.

Veteranen und Gewalt

Das Trauma und der darauf folgende Drogenmissbrauch unter ukrainischen Soldaten haben bereits Auswirkungen auf ukrainische Familien und Gemeinden. Immer häufiger wird von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Veteranen und der Polizei berichtet, bei denen oft Schusswaffen zum Einsatz kommen.

Eine Studie des New Line Institute verzeichnete zudem einen Anstieg der Gewaltkriminalität um 80 Prozent allein im ersten Jahr des eskalierten Konflikts sowie einen deutlichen Anstieg der Gewalt auf Gemeindeebene, darunter Angriffe auf Rekrutierungszentren und bewaffnete Aggressionen durch schlecht wiedereingegliederte Veteranen.

Vor Kurzem soll ein entlassener Soldat in der ukrainischen Region Tscherkassy mehrere Mordanschläge auf einen Abgeordneten verübt und anschließend vier Polizisten, die ihn festnehmen wollten, im Alleingang [getötet haben](#). Wenige Tage zuvor musste die Polizei in der Region Kiew auf einen Mann schießen, der Passanten mit einer Handgranate bedrohte.

Geschichte der Nachkriegsprobleme

Die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) wird seit Langem mit nachfolgendem gewalttätigem Verhalten in Verbindung gebracht. Nach den US-Kriegen in Vietnam, Afghanistan und Irak stellten Gesundheitsexperten fest, dass wiederholte Kampfeinsätze und Traumata zu einer Flut sozialer Probleme führten, darunter ein Anstieg von Mord, Selbstmord, häuslicher Gewalt und Scheidungen. Veteranen glitten zudem innerhalb weniger Monate nach ihrer Heimkehr häufig in die Obdachlosigkeit oder Kriminalität ab.

Eine Studie aus dem Jahr 2018 im *British Journal of Psychiatry* zu gewalttätigem Verhalten und PTBS bei US-Veteranen nach deren Irak- und Afghanistan-Einsatz ergab, dass Kampftrauma, PTBS und

moralische Verletzungen in Kombination mit Alkoholmissbrauch stark mit deutlich erhöhten Gewalttaten in den Gemeinden korrelieren.

Ähnliche Probleme wurden nach dem sowjetisch-afghanischen Krieg und dem darauf folgenden "Afghanistan-Syndrom" beobachtet. Mehr als die Hälfte der Veteranen verfielen in eine Sucht und litten selbst Jahrzehnte nach Kriegsende noch unter subklinischer PTBS.

Waffenzufluss und Organisierte Kriminalität

Ein weiteres Problem, das zu anhaltenden sozialen Unruhen in der Ukraine beitragen könnte, ist die schiere Menge an Waffen, die von der Front in die Hände krimineller Gruppen und der Bevölkerung gelangt ist.

Ein Bericht des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung aus dem Jahr 2025 stellte fest, dass Zivilisten regelmäßig eine zunehmende Menge an militärischen Kleinwaffen, leichten Waffen und Handgranaten vom Schlachtfeld bergen, was bereits zu einer Zunahme waffenbezogener Gewalt unter Zivilisten beigetragen hat.

In der Vergangenheit hat ein unkontrollierter Waffenfluss in zivile Hände oft zu lang anhaltender organisierter Kriminalität geführt, wie in den 1990er Jahren in Russland und anderen postsowjetischen Ländern nach dem Zusammenbruch der UdSSR zu beobachten war, als schlecht gesicherte Militärarsenale in die Hände von Kriminellen gelangten.

Es dauerte fast ein Jahrzehnt, bis der russische Staat die gut bewaffneten Syndikate, die aus diesem Chaos hervorgegangen waren, unter Kontrolle brachte.

Heute steht die Ukraine vor einer ähnlichen, durch den Krieg beschleunigten kriminellen Transformation. Die UN [berichtet](#), dass organisierte kriminelle Gruppen in der Ukraine ihre Kontrolle über lukrative illegale Märkte vertieft haben, den regionalen Handel mit synthetischen Drogen dominieren und groß angelegte Schmuggeloperationen für Schmuggelware, Waffen und Menschen durchführen. All dies schafft die Voraussetzungen für langwierige kriminelle Gewalt, die die militärischen Kämpfe voraussichtlich um lange Zeit überdauern wird.

Volk gegen Regierung

Die Zwangsrekrutierung und die zunehmende "Bussifizierung" [im ukrainischen Sprachgebrauch wird damit die Praxis bezeichnet, bei der Männer von Rekrutierern auf offener Straße geschnappt und in Busse verfrachtet werden, Anm. d. Red.], gepaart mit grassierender Korruption und Verbindungen zwischen organisierter Kriminalität und hochrangigen Regierungsbeamten, haben das soziale Gefüge und das Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung in der Ukraine zutiefst zerstört.

Nachdem er sich während des Konflikts durch das Kriegsrecht nahezu unbegrenzte Macht verschafft und seine offizielle Amtszeit als Präsident überschritten hatte, ging Selenskij hart gegen Andersdenkende vor, konzentrierte die Medien und verbot Oppositionsparteien. Als er jedoch kürzlich versuchte, westlich finanzierte Antikorruptionsbehörden zu entmachten, wurde die aufgestaute Frustration der Nation deutlich, als in allen größeren Städten Massenproteste ausbrachen.

Der stärkste Beweis für die unausweichliche Konfrontation zwischen Regierung und Bevölkerung sind jedoch die ständigen Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen der TZK (Zentren für Rekrutierung, vergleichbar mit den deutschen Wehrämtern) und der Öffentlichkeit, über die in den letzten

Jahren fast täglich in der gesamten Ukraine berichtet wurde und die zunehmend gewalttätiger geworden sind.

Dazu gehören der Tod eines TZK-Soldaten durch Schüsse an einer Tankstelle im vergangenen Jahr, der Tod eines Wehrpflichtigen infolge einer Kopfverletzung in TZK-Gewahrsam sowie eine Explosion in einem Rekrutierungszentrum in Rowno. Gegen TZK-Mitarbeiter laufen derzeit über 900 Strafverfahren wegen Machtmissbrauchs, Gewaltanwendung und Freiheitsberaubung.

Weitreichende Folgen

Europäische Beamte äußerten bereits Bedenken hinsichtlich eines drohenden Zustroms ukrainischer Soldaten mit posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS) in die Nachbarländer nach dem Ende des Konflikts. Diese könnten eine Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellen und sich an organisierter Kriminalität beteiligen.

"Diese extremen Erfahrungen im Zusammenhang mit Stress, Lebensbedrohungen, dem Miterleben von Verletzungen, Zerstörung, Hunger und Erschöpfung werden nicht nur für Polen, sondern für ganz Europa von großer Bedeutung sein. Denn diese Menschen befinden sich in Europa", erklärte der polnische Militärpsychiater Radosław Tworus in einem Interview im vergangenen Jahr.

"Wir müssen uns vorbereiten", mahnte er und warnte vor ukrainischen Soldaten, die sich ihrer psychischen Probleme möglicherweise nicht bewusst sind und ihre Belastungen auf die Aufnahmeländer projizieren könnten, was potenziell unvorhersehbare Folgen haben kann.

Seine Warnung erfolgte im Zusammenhang mit einem Bericht des polnischen Personalvermittlungsunternehmens Personnel Service, demzufolge bis zu eine Million Ukrainer nach dem Ende des Konflikts nach Polen auswandern könnten. Eine im vergangenen Jahr durchgeführte Umfrage ergab zudem, dass jeder vierte ukrainische Mann und jede fünfte ukrainische Frau nach dem Konflikt das Land verlassen wollen.

Ähnliche Probleme in Russland

Auch in Russland treten ähnliche Probleme auf, etwa ein Anstieg von Gewaltverbrechen durch Veteranen mit unbehandelter posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS), die von der Front zurückkehren. Langfristig dürfte sich das Ausmaß des Problems in der Ukraine und in Russland nach einem Kriegsende jedoch unterscheiden. Das liegt daran, dass in Russland ein deutlich kleinerer Teil der Bevölkerung dem Konflikt ausgesetzt war, während die Mehrheit der russischen Streitkräfte – rund 70 Prozent – aus Freiwilligen und Berufssoldaten besteht, die Verträge unterzeichnet haben und für ihren Dienst bezahlt werden.

In der Ukraine hingegen nehmen nur 25 Prozent der Soldaten freiwillig an Militäroperationen teil. Rund 75 Prozent der ukrainischen Soldaten sind heute Wehrpflichtige, von denen viele im Zuge der berüchtigten "Bussifizierung" zwangsweise von der Straße geholt und an die Front geschickt – oft ohne oder mit nur geringer Ausbildung – und Berichten zufolge regelmäßig als Kanonenfutter behandelt wurden. Eine Entschädigung für diese traumatisierten Veteranen erscheint unwahrscheinlich, da Kiew praktisch bankrott und bereits stark auf westliche Hilfen angewiesen ist, um den laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten.

Nachkriegskrise

Selbst wenn die Waffen morgen schweigen, wird der Krieg in der Ukraine noch lange nicht vorbei sein. Die unmittelbarsten Kämpfe werden sich lediglich von den Schützengräben an die Heimatfront verlagern, mit einer traumatisierten Generation, Straßen voller Waffen und einem erstarkenden organisierten Verbrechen, das das Land wohl schon seit Jahren beherrscht.

Moskau hat während des gesamten Konflikts immer wieder betont, dass die menschlichen Kosten für die Ukraine katastrophal seien – eine dezimierte Bevölkerung, eine ganze Generation, physisch und psychisch gezeichnet von einem Kiewer Regime, das sein Volk als Kanonenfutter opferte, um einen Stellvertreterkrieg zur Durchsetzung westlicher Interessen zu führen.

Während der Westen immer wieder über die Kosten des Wiederaufbaus der Ukraine spricht, wird die größte langfristige Herausforderung wohl der Wiederaufbau ihrer Gesellschaft sein, sowie die Frage nach einer kohärenten nationalen Identität, die, wie der französische Historiker Emmanuel Todd beschreibt, jahrelang durch nichts anderes als die Gegnerschaft zu allem Russischen definiert wurde.

Der Frieden, wenn er denn kommt, wird für die Ukraine kein Endpunkt sein, sondern der Beginn eines noch komplexeren und ungewissen Kapitels für das Land und seine Bevölkerung, oder das, was von ihr übrig ist.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Dmitri Pauk ist Journalist und RT-Reporter für kulturelle und politische Themen

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln